

Shaffer, E. N.

Article — Digitized Version

Indiens Fünfjahrespläne

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Shaffer, E. N. (1955) : Indiens Fünfjahrespläne, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 8, pp. 462-465

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132133>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik heranzuziehen, sind bis dato gescheitert. Auch die USA haben sich noch nicht bereiterklärt, die notwendige Finanzierung zu bewilligen. Bestrebungen, die Wasserwirtschaft auszubauen und durch Errichtung von Staudämmen Wasser zu speichern sowie hydroelektrische Werke zu erstellen, haben trotz intensiver Verhandlungen mit den Italienern vorläufig noch zu keinem Resultat geführt.

Eine kurze Analyse der äthiopischen Wirtschaftsstruktur kann nicht abgeschlossen werden, ohne die eigenartigen Besitzverhältnisse zu streifen, die ein Charakteristikum der Wirtschaft des Landes darstellen. Privateigentum im europäischen Sinne des Wortes besteht in Äthiopien nicht. Grund und Boden gehören entweder rein formal den Stämmen, deren Vorsteher sie den Stammesangehörigen meist auf eine Periode von vier Jahren zuweisen, oder befinden sich im Besitz

des Kaisers. Der Negus gibt die Ländereien Mitgliedern des Hofes oder verdienten Beamten zu erblichem Lehn, während diese wiederum sie an Kleinbauern verpachten. Die Rechtstitel, soweit sie überhaupt vorhanden sind, verbleiben in der Hand des Kaisers. Die Staatsfinanzen sind undurchsichtig, da keine strenge Trennung zwischen den Staatseinkünften und denen des Kaisers vorgenommen wird.

Die wirtschaftliche Neuorientierung des Kaiserreichs nach dem westeuropäischen Vorbild wird nur sehr langsame Fortschritte machen. Sie ist auch nur bedingt erwünscht, zumal sich Kirche, Stammesfürsten und die Masse des Volkes ablehnend zeigen. Die Stabilität der Wirtschaft hängt von den Preisen der Landesprodukte, vor allem des Kaffees, ab. Die Konjunkturschwankungen am Weltmarkt werden sich auch in dem Wirtschaftsbild Äthiopiens widerspiegeln.

Indiens Fünfjahrespläne

E. N. Shaffer, Bombay

Im nordindischen Staat Uttar Pradesh geht auf einer Versuchsfarm ein interessantes Experiment vor sich, das hier erwähnt wird, weil es für die grundlegende Metamorphose des Landes symbolisch zu sein scheint. Die gleichen Elefanten, die früher in fürstlichen Prozessionen, festlich geschmückt und bunt bemalt, würdevoll einherschritten, sind vor Pflüge gespannt worden, an denen sie, wie man annimmt, gute, ehrliche Arbeit leisten können. So versucht das heutige Indien, von unzeitgemäßem Plunder befreit, die Periode seiner industriellen Revolution in der verblüffend kurzen Zeit von zwei Fünfjahresplänen zu durchheilen. Berücksichtigt man die Massen seiner Bevölkerung von 370 Millionen, die sich innerhalb der nächsten Dekade infolge der ansteigenden Geburtenzahl und der fallenden Sterberate auf über 400 Millionen erhöhen werden, so kann man sich von den herkulischen Aufgaben, denen die führenden Männer sich gegenübersehen, immerhin ein gewisses Bild machen. Unwillkürlich drängt sich der Vergleich zwischen der Umwandlung des Kaiserreichs Indien zur Republik und der des Zarenreichs Rußland zum Sowjetstaat auf. Jedoch ist ein großer Unterschied in den beiden gewaltigen, politischen und ökonomischen Eruptionen dieses Jahrhunderts festzustellen. Während in Rußland Diktatoren oft unter Anwendung brutalen Terrors ihren Willen dem Volk aufzwingen, geht Indiens Umgestaltung unter geradezu peinlicher Innehaltung eines demokratischen Rituals vor sich.

Nachdem es den blutigen Schock der Teilung, mit der der Gewinn seiner Selbständigkeit erkaufte werden mußte, überwunden und die ersten provisorischen Einrichtungen getroffen hatte, um zehn Millionen Flüchtlinge aus Pakistan unterzubringen, konnte Indien daran denken, seinen wirtschaftlichen Aufbau zu organisieren. Die Vorbedingung war freilich die Elimination der 550 prinzipalitären Staaten, die mit wenigen Ausnahmen als anachronistische, höchst kostspielige Museumsstücke jedem Fortschritt hinderlich im Wege

standen. Diese Operation ging mit höflichen Überredungskünsten und überreichlichen Abfindungen innerhalb von knapp zwei Jahren glatt vonstatten. Der Weg für den ersten, 1951 beginnenden Fünfjahresplan war frei! Sein Charakteristikum war die Erweckung des Dorfes. Die Planer konnten nicht daran denken, mit einem Schlage drei Viertel der Bevölkerung, d. h. 270 Millionen Menschen in 750 000 Gemeinden zu erfassen. Ihr Ziel waren „nur“ die ersten 90 Millionen. Die Regierung ging dabei von der Erwägung aus, Bauern und Landarbeiter in ihrer Jahrhundert, wenn nicht Jahrtausende alten Lethargie aufzustören und ihnen klarzumachen, daß man ihnen helfen wolle, wenn sie mithelfen würden. Bei einem Analphabetentum von noch etwa 85 % mußte das geschriebene Wort versagen. Mündliche Unterweisung durch praktisches Beispiel hatte an seine Stelle zu treten. Im vierten Jahre des ersten Plans war die Regierung in der Lage, mit berechtigter Genugtuung festzustellen, daß dieser kühne Versuch geglückt war. Er war gelungen, weil eigens für diesen Zweck geschulte Lehrkräfte den in sogenannten „Community Projects“ organisierten Dörfern die zeitgemäße Bearbeitung des Bodens, das Anlegen von Straßen (als Verbindung zum nächsten Marktplatz zwecks Absatz der Erzeugnisse) und die Grundbegriffe von Hygiene gezeigt sowie sie in den Abendstunden im Lesen und Schreiben unterrichtet hatten. Die Statistiker haben errechnet, daß den bis Ende 1954 für diesen Teil des Plans vom Staat verausgabten 134,5 Mill. Rupien 74,8 Mill. an freiwillig geleisteter Arbeit gegenüberstehen. Solche Aufschauung des indischen Bauern aus seinem Dornröschenschlaf und — allerdings — zwei günstige Monsunregenperioden haben mit dazu beigetragen, daß das Land mit einer Jahresproduktion von 65,5 Mill. t Nahrungsmitteln die für den Abschluß des ersten Plans vorgesehene Ziellinie schon 15 Monate vorher mit einer Mehrleistung von etwa 50 % passiert hatte! Die Anbaufläche für Baumwolle stieg bis zur Jahreswende

1954/55 um ein Drittel, womit 80 % des für Ende März 1956 erwarteten Areals erreicht waren, und bei Olsaaten wurde mit 6 Mill. t die im Plan vorgesehene Menge bereits überschritten. Auch die Industrie hat in manchen Zweigen beachtliche Resultate aufzuweisen, besonders in den wenigen bisher bestehenden Betrieben der Schwerindustrie und den zahlreichen Unternehmen der Textilindustrie (Baumwolle wie Seide und Kunstseide), in denen die Planziele entweder schon erfüllt oder sogar überschritten worden sind.

Die Regierung hält sich in ihren Berichten trotz dieser zweifellosen Erfolge von jeder Schönfärberei fern und gibt begangene Organisationsfehler ohne weiteres zu. Man will aus negativen Erfahrungen und Enttäuschungen für die Aufstellung und Ausführung des zweiten Plans lernen. Der erste hatte am Anfang darunter zu leiden, daß eine Reihe von Projekten nicht sofort in Angriff genommen wurde, weil in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die Details nicht ausgearbeitet worden waren. An anderen Stellen fehlte es an Rohstoffen, Maschinen, Werkzeugen und, worauf noch zurückzukommen sein wird, an Verwaltungspersonal. Hinsichtlich solcher Einzelheiten wie z. B. der Bodenkonservierung (Aufhalten der Erosion, Bewässerung und Meliorisation) sind vielfach die erwarteten Ergebnisse ausgeblieben. Die soziale und kulturelle Seite der zu lösenden Probleme kann nur gestreift werden. Bis Ende 1954 wurden Gebiete, in denen über 60 Millionen Menschen leben, malariefrei gemacht, 35 Millionen wurden auf Tuberkulose untersucht und 10,5 Millionen nach dem Calmette-Verfahren geimpft. 18 450 Schulen und 95 Krankenhäuser wurden errichtet. Das sind zwar an und für sich respektable Zahlen, aber man muß sich darüber klar sein, daß nur ein Bruchteil der Bevölkerung von diesen segensreichen Einrichtungen profitieren konnte. Abschließend läßt sich über den ersten Plan sagen, daß es gelungen ist, die vorherrschende inflatorische Tendenz der indischen Währung zu stoppen. Der Lebenshaltungsindex ist daher einigermaßen stabil geblieben, in manchen Fällen sogar gesunken. Jedoch ist der Lebensstandard während der Planperiode, wenn überhaupt, dann nur in sehr bescheidenem Maße gestiegen. Leider ist im Laufe der vergangenen vier Jahre die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße angewachsen, wofür sich bisher keine plausible Erklärung finden ließ. Daher stellt der zweite Plan die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen mit in den Vordergrund.

Nehrus — inzwischen berühmt gewordene — Rede, in der er im vorigen November die sozialistische Ausrichtung der indischen Wirtschaft verkündete, hätte eigentlich nicht, wie es geschehen ist, ein solches Aufsehen im In- und Ausland erregen sollen. Denn bereits im Dezember 1948 hatte sein Kabinett eine Resolution angenommen, die den westlichen Kapitalismus und den hundertprozentigen Staatssozialismus rötlicher Färbung ablehnte und dagegen für eine gemischte Wirtschaft — heute würde man sagen, für eine Koexistenz von öffentlichem und privatem Sektor — eintrat. Diese Entschliebung, ein längeres Dokument, das auch dem Parlament vorgelegen hatte, war in der Zwischenzeit offenbar ad acta gelegt worden.



Es sind nicht nur die bekannten technischen Vorzüge, die das Offset-Verfahren in so ausgezeichnete Weise für den Werbedruck geeignet machen. Der wesentliche Vorteil liegt bei ausreichend großen Auflagen in der überaus günstigen Preisstellung, wodurch Sie Ihre Werbemaßnahmen erfolgreicher und rentabler gestalten können. Fordern Sie Angebot und Leistungsproben!



Es sei hier daran erinnert, was selbst in Indien vergessen zu sein scheint (obwohl es seiner Zeit das größte Aufsehen erregt hatte), daß es acht Großindustrielle und Kaufleute des Landes (darunter die Tatas und Birlas) waren, die 1943, als der Subkontinent noch unter britischem Regime stand, in sehr detaillierten Ausführungen einen Plan entwickelten mit dem Ziel, das durchschnittliche Jahreseinkommen des Inders von 65 Rupien innerhalb von 15 Jahren zu verdoppeln, was von Nehru, der damals Vorsitzender der Planungskommission des Kongresses war (und im Gefängnis saß), als eine „kühne Idee“ bezeichnet wurde. Jehangir Tata, der Leiter des Konzerns und hervorragender Mitarbeiter an dem Plan, schloß seine damalige Rede über den Plan vor dem Rotaryklub in Bombay mit folgenden Worten, die hier deswegen festgehalten werden sollen, weil sie mit den von Vertretern der heutigen Regierung geäußerten fast identisch sind: „Daß es soviel Armut und Elend in einem Lande geben soll, das die Vorsehung verschwenderisch mit Menschen, Talent und Naturschätzen ausgestattet hat, ist ein unerträgliches Paradoxon und eine Schande, die uns mit Scham, Ärger und dem brennenden Wunsch erfüllt, das unsagbare Unrecht, das unserem Volke angetan worden ist, auszulöschen. Die Hindernisse, Zweifel und Rückschläge, die wir zu gewärtigen haben, sollen uns nicht von unserer Aufgabe zurückhalten, sondern im Gegenteil zu größeren Anstrengungen beflügeln.“ Es gehörte ein gerütteltes Maß von Zivilcourage dazu, solche Worte 1944 in Gegenwart von Engländern auszusprechen.

Um nun nach diesem „kapitalistischen“ Zwischenspiel die sozialistische Ausrichtung des zweiten Fünfjahresplans weiterzuverfolgen, hatte die Regierung (gewissermaßen als Overtüre) erklärt, daß alle neuen Unternehmungen der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie, des Schiff- und Flugzeugbaus sowie der Ölgewinnung und -verarbeitung unter staatlicher Regie geführt, jedoch bestehende Unternehmen dieser Sparten nicht angetastet werden würden. Kurz vor seinem Abflug nach Europa hat aber Nehru vor den Parlamentsmitgliedern des Kongresses sich dahin geäußert, daß einmal der Tag kommen werde — wenn auch nicht in naher Zukunft —, an dem man an die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen denken müsse. Dies hat bei den Beteiligten und überhaupt in den Kreisen des Handels und der Industrie Unruhe hervorgerufen, um so mehr, als das Parlament in seiner letzten Sitzungsperiode im Frühjahr ein Gesetz angenommen hatte, nach dem die Höhe von Entschädigungen bei Enteignungen nicht mehr vor Gerichten angefochten werden dürfe, sondern nötigenfalls vom Parlament entschieden werden würde.

Unter der staatssozialistischen Flagge trat ein von der Regierung berufenes Gremium führender Nationalökonomien zusammen, das mit der Aufgabe betraut wurde, die Struktur des zweiten Plans auszuarbeiten. Dieser Entwurf liegt jetzt vor, ebenso eine abweichende Fassung, da ein Mitglied dieser Kommission sich in bezug auf die Finanzierung nicht der Mehrheit anschließen konnte. Zwei weitere Publikationen mit der eigenen Version eines Fünfjahresplans hat die „Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry“ der Öffentlichkeit übergeben. Der folgende Modus procedendi wird im Laufe der nächsten Monate eingeschlagen werden: Die Planungskommission, deren erster Vorsitzender Premierminister Nehru ist, und der National Development Council, dem die Planungsminister der Staaten angehören, werden sich mit dem gesamten vorliegenden Material befassen und hier und da Änderungen vornehmen. Man kann aber heute schon die grundlegenden Richtlinien und Tendenzen erkennen, und es läßt sich bei der gegenwärtigen Einstellung der Regierung voraussehen, daß man zwar möglicherweise die eine oder andere Anregung des Handelskammer-Programms aufgreifen, jedoch im wesentlichen sich an den von den beauftragten Volkswirtschaftlern entwickelten Plan halten wird.

Die Summen, die Indien für seinen weiteren Aufbau von 1956 bis 1961 auszugeben gedenkt, muten beinahe astronomisch an. Immerhin erscheint nach den Erfahrungen des ersten Fünfjahresplans die Aufbringung der erforderlichen Mittel durchaus möglich, obwohl sie annähernd doppelt so hoch sind. Der Regierungsplan, wie wir den Entwurf der Nationalökonomien nennen wollen, setzt bis zu 63 Mrd. ein, während der Handelskammerplan sogar 72 Mrd. vorschlägt. Die Differenz liegt in der unterschiedlichen Auffassung von den Bedürfnissen auf einzelnen Gebieten. So gibt sich z. B. der Regierungsplan mit einer Stahlproduktion von 6 Mill. t im Jahre 1961 zufrieden, während die Handelskammern 7,5 Mill. t für erforderlich halten,

um den durch die Ausweitung der Schwerindustrie erhöhten Bedarf zu decken. Wie bereits angedeutet, wird das Hauptgewicht des zweiten Plans auf diesem Sektor liegen, erstens um Indien im Laufe der Zeit von der Devisen verschlingenden Einfuhr unabhängig zu machen (1954 wurden 350 000 t Stahl importiert), und zweitens um Millionen neuer Arbeitsstellen zu schaffen; die Handelskammern errechnen 10, der Regierungsplan 12 Millionen. Die Kritiker der Pläne glauben, daß die letztere Ziffer zu optimistisch ist. (Für die nächsten zwanzig Jahre wird unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses die Schaffung von 24 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze als notwendig erachtet.)

Eine Kontroverse ist über den Ausbau der Klein- und Heimindustrie entstanden. Professor P. C. Mahalanobis, der an führender Stelle des offiziellen Gremiums der Nationalökonomien gestanden hat, setzt sich besonders für den Schutz dieses Erwerbszweiges ein, weil er darin ein sicheres Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sieht. Denn, so meint er, alle Familienmitglieder können sich in Kleinbetrieben wie Handwebereien, Tischlereien, Schmieden u. a. betätigen, und auch die Landbewohner würden dann in der Lage sein, in der stillen Zeit sich einen Nebenverdienst zu schaffen. Den Einwand, daß die so hergestellten Güter notwendigerweise teurer sein müßten als fabrikmäßig erzeugte Güter, läßt Mahalanobis nicht gelten. Der Staat solle, wie er kürzlich in einer Pressekonferenz ergänzend ausführte, eventuell eine besondere Steuer auf die von Fabriken hergestellten Waren legen, um den Preisunterschied auszugleichen. Der Professor setzt sich sogar dafür ein, daß die Regierung die Ausdehnung von Werken der Verbrauchsgüterindustrie nicht zulassen dürfe, bis die Arbeitslosigkeit durch die erweiterte Klein- und Heimindustrie reduziert sein würde. (Hier ist der Gelehrte offenbar ein Opfer gefühlsmäßiger Rückerinnerung geworden. Gandhi hatte das Dorf angewiesen, zum Spinnrad zurückzukehren, das sogar heute noch als Symbol der Befreiung die Flagge des Nationalkongresses ziert.)

Die Handelskammern wenden sich gegen diese Argumentierung. Sie behaupten, daß bei einer Förderung der Schwerindustrie auf der einen und der Klein- und Heimindustrie auf der anderen Seite die Fabriken mittlerer Größe in einem Vakuum verbleiben müßten. Es ist, so führen sie aus, gerade die Privatindustrie, die in diesem Sektor die wichtigsten Verbrauchsgüter herstellt und einer Unterstützung durch die Regierung in Form von Importlizenzen für Maschinen, Ersatzteile und Rohstoffe bedarf. Diese Auffassung unterstützt der Ministerpräsident des Staates Bengalen, Dr. B. C. Roy, wenn er sagt, daß der Arbeiter, der, wie man hofft, zukünftig in der Lage sein wird, sich Verbrauchsgüter anzuschaffen, sicherlich fabrikmäßig produzierte den an Qualität unterlegenen Erzeugnissen der Heimindustrie vorziehen würde. Dr. Roy führt noch einen anderen Gegengrund an, daß nämlich betonte Bevormundung durch den Staat vermieden werden müsse. Überdies spreche für die in Aussicht genommene Förderung der Schwerindustrie, daß sie

Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrie zu produzieren haben werde, deren Entwicklung man daher nicht drosseln solle.

Der Entwurf der Nationalökonomien macht weiter auf den schwerwiegenden Mangel an qualifizierten Kräften für die Verwaltung der staatlichen Unternehmen aufmerksam. Bis jetzt wurde von der Regierung ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses gelegt. So haben während der letzten Jahre nicht weniger als 3 000 junge Inder, von denen viele bereits in ihrer Heimat sich Universitätsgrade erworben hatten, ihre technischen Kenntnisse in der Bundesrepublik vervollkommen. Alle von der Regierung eingegangenen Kontrakte, wie z. B. das Projekt über die Errichtung des Stahlwerks in Gemeinschaft mit der Krupp-Demag-Gruppe, enthalten die Klausel, daß Inder in dem Land der betreffenden Lieferfirma oder in Indien von dieser Firma ausgebildet werden müssen. Doch hat man es bis jetzt offenbar versäumt, auch für die entsprechenden leitenden Verwaltungsposten geeigneten Nachwuchs heranzuziehen. Der Staat hat bereits ausgedehnte Maschinenfabriken, ferner chemische, pharmazeutische und Verkehrsunternehmen, sowie die großen Dammprojekte unter eigener Regie, von denen die letzteren, verbunden mit Kraftwerken, seit mehreren Jahren im Bau sind und im Laufe des zweiten Fünfjahresplans vollendet werden sollen. In diesen Fällen hat man sich bisher meistens damit geholfen, daß man Beamte (eine Reihe von ihnen noch aus dem ehemaligen, hochqualifizierten „Indian Civil Service“) an die Spitze dieser in Form von Aktiengesellschaften geführten Betriebe gestellt hat. Manchenorts hat nun der Beamte, der möglicherweise in einer Behörde am richtigen Platz ist, versagt. Es wäre auch nicht damit gedient, für solche leitenden Stellen Kaufleute aus

der Privatindustrie heranzuziehen, weil sie auch dort infolge von Erweiterungen und Modernisierungen benötigt werden, ja heute schon vielfach gleich knapp sind. Die Beschäftigung von Ausländern kommt offensichtlich nicht in Betracht, denn die Regierung verfolgt eine recht rigorose Politik in der Erteilung von Visa für eine längere Zeitdauer. In der Praxis werden solche Visa fast nur noch Spezialtechnikern gewährt, und auch dann meist mit der Auflage, während der Zeit Einheimische auszubilden. Die bestehenden Commercial Colleges sind nicht — oder jedenfalls noch nicht — in der Lage, wie die deutschen Handelshochschulen oder die amerikanischen Business Administration Schools der Harvard- und Columbia-Universität, die für gehobene kaufmännische Positionen erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln.

Im Rahmen dieser Ausführungen konnten Probleme der indischen Fünfjahrespläne hauptsächlich nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Das Erziehungsprogramm, das eigentlich auf Grund der Verfassung allgemeinen Schulzwang ab 1960 vorsah, wird aus Mangel an Mitteln langsamer verwirklicht werden und voraussichtlich dieses Ziel erst in einem dritten Fünfjahresplan erreichen. Auch die eingangs erwähnten „Community Projects“, die im zweiten Plan auf das ganze Land ausgedehnt werden sollten, werden zwar auf neue Gebiete erstreckt werden, jedoch erst nach 1961 das ganze Land erfassen.

Trotz vieler Unzulänglichkeiten, die sich bei der Durchführung des ersten Plans ergeben haben, und mancher Schwierigkeiten, die sich im Laufe des zweiten nicht vermeiden lassen werden, bedeuten die beiden Fünfjahrespläne Indiens ein großartiges und Achtung gebietendes Experiment, durchgeführt nach den fairen Regeln der Demokratie — von Männern, die vom besten Willen beseelt sind.

Spaniens Investitionsbedarf und die Wirtschaftshilfe der USA

Dr. Irmgard de Arlandis, Madrid

Aus verschiedenen Gründen — vor allem durch den geringen Leistungsstand der Landwirtschaft und wegen mancher teils aus Marktgründen, teils infolge ihres unökonomisch orientierten Aufbaus nicht immer rationell arbeitenden Industrien — ist die Kapitalbildung in Spanien im Vergleich zum Investitionsbedarf völlig unzureichend. Durch die erforderlichen Investitionen muß nicht nur die unterlassene Rationalisierung und Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft nachgeholt werden, sondern gleichzeitig sind neue Industrien und Arbeitsmöglichkeiten für die rasch wachsende Bevölkerung bereitzustellen, das Verkehrsnetz muß entwickelt werden, den Wohnungsbau gilt es in großem Stile voranzutreiben, und es müssen die Gegenleistungen für die Bauten militärischen Charakters erstellt werden, die durch den Pakt mit den USA übernommen worden sind.

Die Kapitalbildung beträgt bisher nur 12 % des Volkseinkommens, und das für die Spartätigkeit und somit für Investitionen verfügbare Einkommen wird noch

reduziert durch die Preiserhöhungen als Folge der Tatsache, daß die öffentliche Kreditgewährung stärker stieg als Produktion und Produktivität. „Die amerikanische Wirtschaftshilfe ist bedeutend — aber unser Bedarf ist noch größer“, erklärte Handelsminister Arburura am Eröffnungstage der Mustermesse von Barcelona. Der Gesamtinvestitionsbedarf Spaniens für Industrie und Landwirtschaft wurde in einer Enquête der Banco Urquijo vom Jahre 1949 auf rund 700 Mill. \$ geschätzt. Einbegriffen waren natürlich die Aufwendungen für den Aufbau bzw. die Modernisierung der Handelsflotte sowie der Eisenbahnen, deren Direktprogramm bisher rund 120 Mill. DM, zum allergrößten Teil spanischer Herkunft, verschlungen hat; doch sind im Hinblick auf die Terrainschwierigkeiten und den ungewöhnlich hohen Nachholbedarf noch besonders große Mittel erforderlich.

Die amerikanische Wirtschaftshilfe (mit insgesamt zweimal 85 Mill. \$) mutet daher den wirklichen Erfordernissen gegenüber als sehr bescheiden an — auch